V-01 Vom Aufstiegsversprechen zur Chancengarantie - damit Herkunft nicht über Zukunft entscheidet

Gremium:	KV Essen
Beschlussdatum:	24.09.2026
Tagesordnungspunkt:	V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Land, in dem die soziale Herkunft nicht über den Lebensweg eines Kindes entscheidet. Wir lösen das alte, uneingelöste Aufstiegsversprechen durch eine verlässliche Chancengarantie ab: Jedes Kind verdient von Geburt an gute Chancen auf Bildung, Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Chancengarantie bedeutet für uns nicht, dass jedes Kind studieren oder möglichst viel verdienen muss. Sie bedeutet, die Freiheit zu haben, den eigenen Weg zu gehen und die eigenen Potenziale zu entfalten – ohne dass Herkunft, der Geldbeutel oder gesellschaftliche Barrieren die Grenzen dieses Weges vorgeben.

Doch noch immer werden Chancen in Deutschland vererbt. Kinder aus einkommensarmen oder bildungsbenachteiligten Familien haben schlechtere Bildungschancen, sind häufiger gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt und können seltener an Sport, Kultur und gesellschaftlichem Leben teilhaben. Jedes vierte Kind ist hierzulande von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dass in einem der reichsten Länder der Welt noch immer das Einkommen, der Beruf und der Bildungsabschluss der Eltern maßgeblich darüber entscheiden, welche Chancen ein Kind hat, ist nicht nur zutiefst ungerecht – wir können und wollen es uns als Gesellschaft auch nicht leisten, die Potenziale so vieler Kinder ungenutzt zu lassen.

Aktuelle Studien zeigen, wie früh diese Unterschiede entstehen und wie dauerhaft sie wirken. Untersuchungen des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe zeigen bereits im Kleinkindalter deutliche herkunftsbedingte Unterschiede bei sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen. Bis zum Schuleintritt vergrößern sie sich; im weiteren Bildungsverlauf bleiben sie häufig bestehen. Besonders an den Übergängen unseres Bildungssystems zeigt sich der zusätzliche Einfluss sozialer Herkunft und elterlicher Ressourcen..

Die Folgen werden später sichtbar: im Jahr 2024 verließen rund 62.000 junge Menschen allgemeinbildende Schulen ohne Schulabschluss – 7,8 Prozent aller Schulabgänger*innen. Etwa die Hälfte von ihnen sind Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, denen unser Bildungssystem noch immer systematisch den Weg zu regulären Abschlüssen und gesellschaftlicher Teilhabe erschwert. Auch beim Zugang zu Ausbildung und Studium bestehen soziale Hürden fort. Das ist nicht nur sozial ungerecht - angesichts des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels können wir es uns auch wirtschaftlich nicht leisten, Talente und Potenziale ungenutzt zu lassen. Eine Gesellschaft, die Kindern Chancen vorenthält, verliert zukünftige Fachkräfte - und damit Innovationskraft und Wohlstand.

Gleichzeitig erreicht Unterstützung viel zu häufig gerade diejenigen nicht, die sie besonders brauchen. Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ist dafür ein besonders deutliches Beispiel. 15 Jahre nach seiner Einführung erhalten mehr als acht von zehn anspruchsberechtigten Kindern im SGB-II-Bezug den vorgesehenen Betrag für soziale und kulturelle Teilhabe nicht. Komplexe Zuständigkeiten, Nachweispflichten und bürokratische Hürden verhindern, dass Leistungen tatsächlich ankommen. Deshalb brauchen wir einen grundlegenden Systemwechsel: weg von komplizierten Anträgen, hin zu möglichst automatischen Leistungen, einfachen Zugängen und einer modernen, digitalen und stigmatisierungsfreien Umsetzung.

In der vergangenen Bundesregierung haben wir Grüne bereits einen wichtigen Grundstein hin zu einer echten Chancengarantie gelegt. Mit dem Startchancen-Programm haben Bund und Länder eines der größten langfristigen Bildungsprogramme Deutschlands auf den Weg gebracht: rund 4.000 Schulen in herausfordernden Lagen und etwa eine Million Schüler*innen erhalten gezielt zusätzliche Unterstützung. Damit wurde ein wichtiger Grundsatz gestärkt: Faire Chancen entstehen nicht dadurch, dass alle das Gleiche bekommen, sondern indem Unterstützung dort ansetzt, wo sie besonders gebraucht wird.

Zur Wahrheit gehört aber auch: die Ampelregierung hat nicht alle notwendigen Reformen verwirklichen können. Insbesondere die geplante Kindergrundsicherung, die Leistungen bündeln, vereinfachen und mehr Kinder erreichen sollte, ist nicht umgesetzt worden. Diesen Anspruch geben wir nicht auf.

Umso dramatischer ist der Kurs der heutigen Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD. Statt die strukturellen Ursachen von Kinderarmut und ungleichen Lebenschancen entschlossen anzugehen, wird soziale Sicherheit zunehmend als Kostenproblem verhandelt. Wenn Bundeskanzler Friedrich Merz längere Arbeitszeiten fordert, „Eigenverantwortung und Gegenleistung“ stärker betont und zugleich vor einem „zu viel des Guten“ beim Sozialstaat warnt, wird das den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht. Es spielt Menschen gegeneinander aus, statt die strukturellen Ursachen sozialer Ungleichheit anzugehen. Leistung kann man einfordern – faire Chancen muss man ermöglichen.

Unsere Antwort darauf ist nicht weniger Eigenverantwortung, sondern mehr Chancengerechtigkeit. Ein starker Sozialstaat nimmt Menschen nicht die Verantwortung für ihr eigenes Leben ab. Er schafft jedoch die Voraussetzungen dafür, dass sie diese Verantwortung tatsächlich wahrnehmen, ihre Potenziale entfalten und ihren eigenen Weg gehen können.

Wer bei Kindern, Familien, Bildung und sozialer Infrastruktur kürzt, spart deshalb nicht – er verschiebt höhere Folgekosten in die Zukunft und verspielt Potenziale. Deshalb müssen wir in Prävention, gute Bildung und soziale Infrastruktur investieren und erfolgreiche Ansätze wie das Startchancen-Programm konsequent fortführen und weiterentwickeln. Ein vorsorgender Sozialstaat greift nicht erst ein, wenn Benachteiligungen verfestigt sind, sondern schafft Chancen von Anfang an.

Chancengerechtigkeit ist zugleich eine fundamentale Frage unserer Demokratie. Eine lebendige Demokratie lebt von dem Versprechen, dass gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmter Lebensweg allen offenstehen. Wenn Kinder und Jugendliche dagegen von klein auf erfahren, dass Herkunft, Einkommen,

Behinderung oder Postleitzahl ihre Möglichkeiten begrenzen, verliert dieses Versprechen an Glaubwürdigkeit.

Die Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher:

1. Früh investieren – Prävention strukturell stärken

Gute Sozial- und Bildungspolitik darf nicht erst einsetzen, wenn Benachteiligungen bereits verfestigt sind. Wir wollen Familien früh erreichen, Zugangsbarrieren abbauen und Unterstützung anbieten, bevor aus schwierigen Ausgangsbedingungen dauerhafte Nachteile entstehen.

Bislang scheitert Prävention vor Ort zu oft an der kommunalen Haushaltslogik: Viele präventive Angebote werden kommunal als freiwillige Leistungen finanziert und geraten gerade dort zuerst unter Druck, wo die finanziellen Spielräume besonders gering sind. Dabei sind Ausgaben für Prävention keine verzichtbaren Zusatzleistungen, sondern Investitionen, die gesellschaftliche Folgekosten vermeiden und langfristig öffentliche Haushalte entlasten können. Bund und Länder müssen deshalb den rechtlichen und finanziellen Rahmen schaffen, damit Kommunen wirksame Prävention dauerhaft finanzieren können. Der Bund muss zudem den angekündigten Aufwuchs der „Bundesstiftung Frühe Hilfen“ auf 96 Millionen Euro gesetzlich absichern und die Mittel dauerhaft dynamisieren, anstatt die Kommunen bei der Finanzierung präventiver Infastruktur allein zu lassen. Chancengerechtigkeit darf nicht von der Finanzkraft der Kommune abhängen, in der ein Kind aufwächst.

Wir wollen Familienhebammen, Baby- und Familienbesuchsdienste sowie evidenzbasierte Hausbesuchsprogramme flächendeckend verankern und niedrigschwellige, aufsuchende Beratung stärken. Lots*innen sollen Familien durch bestehende Strukturen begleiten und etwa bei der Suche und Anmeldung für einen Kitaplatz unterstützen. Dabei können auch speziell geschulte studentische Hilfskräfte helfen. Gleichzeitig wollen wir Jugendhilfe, Gesundheitsversorgung, frühkindliche Bildung und soziale Angebote im Quartier verbindlicher miteinander verzahnen.

Zugänge zur frühkindlichen Bildung vereinfachen

Wir wollen den Zugang zur frühkindlichen Bildung grundlegend vereinfachen. Mit einem proaktiven Platzangebot (Opt-out-Regelung) sollen Kinder mit Vollendung des ersten Lebensjahres automatisch für einen Betreuungsplatz berücksichtigt werden und Familien unter Wahrung ihres Wunsch- und Wahlrechts ein konkretes Betreuungsangebot erhalten. Damit kehren wir die bisherige Logik um: nicht die Familien müssen sich ihren Weg durch komplizierte Anmeldeverfahren bahnen, sondern die öffentliche Hand übernimmt Verantwortung dafür, jedes Kind zu erreichen. Zentrale, transparente und diskriminierungsfreie Aufnahmeverfahren sollen zugleich verhindern, dass der Zugang zu einer Kita von trägerspezifischen Auswahlverfahren abhängt, und sozialer Segregation entgegenwirken.

2. Kitas stärken – Chancen schaffen

Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. Kitas sind zentrale Bildungsorte und wichtige Knotenpunkte für Familien im Quartier. Die im Entwurf zum KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz (SCQEG) vorgesehene sozialindexbasierte Förderung ist dafür ein wichtiger Schritt. Neue Qualitätsstandards und zusätzliche Aufgaben müssen jedoch dauerhaft und

auskömmlich finanziert werden. Der Bund muss seiner finanziellen Verantwortung gerecht werden und eine verlässliche Finanzierung sicherstellen. Wir wollen den sozialindexbasierten Ansatz weiterentwickeln und einen verbindlichen, dauerhaft ausfinanzierten Kita-Sozialindex etablieren, über den zusätzliche Ressourcen verlässlich in besonders belastete Sozialräume gelenkt werden – etwa für kleinere Gruppen, Sprachförderung, Kita-Sozialarbeit und multiprofessionelle Teams.

Insbesondere in benachteiligten Quartieren sollen Kitas zu integrierten Familienzentren und niedrigschwelligen Begegnungs- und Beratungsorten weiterentwickelt werden. Dafür wollen wir frühkindliche Bildung, Jugendhilfe, Gesundheitsförderung und soziale Beratung verbindlicher vernetzen. In besonders belasteten Lagen wollen wir Kita-Sozialarbeit als aufsuchendes Angebot etablieren und dauerhaft absichern.

Gute frühkindliche Bildung muss von Anfang an inklusiv sein. Wir wollen barrierefreie und inklusive Kitas stärken, multiprofessionelle Teams ausbauen und sicherstellen, dass Kinder mit Behinderungen oder besonderem Unterstützungsbedarf die notwendige individuelle Förderung und Assistenz erhalten. Gleichzeitig brauchen wir mehr pädagogische Fachkräfte, bedarfsgerechte Betreuungsschlüssel, flexible Öffnungszeiten und eine bessere Randzeitenbetreuung. Gute frühkindliche Bildung braucht nicht nur ausreichend Plätze, sondern auch verlässliche Strukturen und gute Arbeitsbedingungen.

Ein Chancen-Kitajahr für alle Kinder

Damit jedes Kind unabhängig vom Elternhaus Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung, Sprachförderung, sozialem Lernen und einer guten Vorbereitung auf die Schule erhält, setzen wir uns im Rahmen einer nationalen Bildungsoffensive für ein beitragsfreies und verpflichtendes Chancen-Kitajahr im letzten Jahr vor der Einschulung ein. Voraussetzung dafür sind ausreichend hochwertige Betreuungsplätze und Fachkräfte. Das Chancen-Kitajahr soll mit einer Qualitätsoffensive und einer konsequenten Strategie zur Gewinnung, Ausbildung und Bindung pädagogischer Fachkräfte verbunden werden. Dazu gehört auch, dass pädagogische Abschlüsse von Zugewanderten schneller anerkannt und Zugänge über Qualifizierungsmaßnahmen geschaffen werden.

3. Teilhabe einfach machen – das Bildungs- und Teilhabepaket reformieren

Ob ein Kind Fußball spielt, ein Instrument lernt, an einem Schulausflug teilnimmt oder andere Freizeit- und Bildungsangebote wahrnehmen kann, darf weder am Einkommen der Eltern noch an komplizierten Antragsverfahren scheitern. Gesellschaftliche Teilhabe darf kein Privileg sein.

Das Bildungs- und Teilhabepaket muss deshalb grundlegend reformiert werden. Wo die Anspruchsvoraussetzungen bekannt sind, sollen Leistungen automatisch gewährt werden, statt Familien mit zusätzlichen Anträgen und Nachweisen zu belasten. Gleichzeitig brauchen wir bundeseinheitliche Standards und einfache digitale Zugänge. Eine bundesweit nutzbare digitale BuT-Karte - wie die bereits in einigen Kommunen eingeführte Bildungs-Card - kann dazu beitragen, Leistungen unkompliziert und möglichst stigmatisierungsfrei in Anspruch zu nehmen.

Die Leistungen müssen das soziokulturelle Existenzminimum realistisch abbilden, armutsfest ausgestaltet und regelmäßig an die tatsächliche Kostenentwicklung angepasst werden. Die derzeitigen Leistungen für soziale und kulturelle Teilhabe

werden diesem Anspruch nicht gerecht. Auch die Leistungen für den Schulbedarf müssen die real entstehenden Kosten besser berücksichtigen. Ein verlässliches Monitoring soll transparent machen, wie viele anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche tatsächlich erreicht werden. Entscheidend ist nicht, welche Leistungen auf dem Papier existieren, sondern ob sie bei den Kindern ankommen.

Teilhabe muss von Anfang an inklusiv gedacht werden. Sport-, Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote müssen auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zugänglich und barrierefrei sein.

4. Bildungsgerechtigkeit verwirklichen – individuelle Potenziale fördern

Noch immer hängen Bildungswege in Deutschland stark vom Elternhaus und vom Wohnort ab. Deshalb müssen wir Strukturen verändern, die soziale Ungleichheiten reproduzieren, und Kinder entsprechend ihrer individuellen Ausgangslagen und Bedarfe fördern.

Zugänge und Übergänge gerechter gestalten

Besondere Aufmerksamkeit brauchen die Übergänge im Bildungssystem. Gerade dort können sich soziale Ungleichheiten verfestigen. Deshalb wollen wir Kita und Grundschule personell und konzeptionell enger miteinander verzahnen – etwa durch gemeinsame Sprachförderkonzepte, multiprofessionelle Teams und eine stärkere Zusammenarbeit im Schuleingangsbezirk. Datenschutzkonforme und kindzentrierte Verfahren sollen die Zusammenarbeit an diesen Übergängen verbessern, ohne Kinder zu kategorisieren oder zu stigmatisieren.

Auch die frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schulformen wollen wir überwinden und längeres gemeinsames Lernen über die vierte Klasse hinaus stärken. Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell und brauchen Zeit, ihre Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten. Ihre weitere Bildungsbiografie darf nicht bereits im Alter von zehn Jahren maßgeblich vorgezeichnet werden.

Ressourcen nach Bedarf verteilen

Ungleiches muss ungleich behandelt werden, damit alle Kinder faire Chancen bekommen. Mit dem Startchancen-Programm haben wir dafür einen wichtigen Paradigmenwechsel eingeleitet: Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler*innen erhalten gezielt zusätzliche Unterstützung. Diesen Ansatz wollen wir konsequent fortführen, weiterentwickeln und dauerhaft absichern. Die Erfahrungen aus dem Startchancen-Programm wollen wir nutzen, um eine sozialindexbasierte und bedarfsgerechte Finanzierung von Bildungseinrichtungen insgesamt weiterzuentwickeln,

zum Beispiel durch eine Aufwertung und entsprechende Umstrukturierung des Schulbudgets nach Sozialindexstufe. Zudem fordern wir die Einführung eines Startchancen-Programms für Kitas.

Inklusive Bildung verwirklichen

Inklusive Bildung ist eine Voraussetzung für echte Chancengerechtigkeit. Im Sinne der UNESCO-Erklärung von Salamanca bedeutet Inklusion für uns das Recht aller Kinder und Jugendlichen – unabhängig von Behinderung, sozialer Herkunft, Sprache oder Geschlecht –, gemeinsam zu lernen und sich barrierefrei zu entfalten. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder besonderem Unterstützungsbedarf haben dabei genau das gleiche Recht auf hochwertige Bildung

und gesellschaftliche Teilhabe wie alle anderen Menschen auch. Ein inklusives Bildungssystem bewältigt Vielfalt als Gewinn für alle Lernenden: Unser Bildungssystem muss sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder orientieren – nicht umgekehrt.

Dafür braucht es ausreichend sonderpädagogische und multiprofessionelle Fachkräfte, barrierefreie und inklusive Lernorte sowie verlässliche individuelle Unterstützung. Schulbegleitung und andere notwendige Unterstützungsleistungen müssen unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wollen wir strukturelle Lösungen stärken, die Unterstützung selbstverständlich in den Bildungsalltag integrieren, ohne den individuellen Rechtsanspruch auf notwendige Assistenz einzuschränken.

Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Bildungspolitik, die unterschiedliche Entwicklungsverläufe und Benachteiligungen frühzeitig erkennt und gezielt adressiert, ohne Geschlechterstereotype zu reproduzieren. Pädagogische Fachkräfte wollen wir dafür stärker sensibilisieren und zugleich mehr Vielfalt im pädagogischen Personal fördern.

Schule als Lebens- und Erfahrungsraum stärken

Schule soll stärker zu einem Ort werden, an dem Kinder und Jugendliche ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken und Selbstwirksamkeit erfahren können. Sport, Musik, Kultur, Demokratiebildung und Persönlichkeitsentwicklung sollen selbstverständliche Bestandteile des schulischen Alltags und des Ganztags sein.

Dafür wollen wir Schulsozialarbeit als dauerhaftes und verlässlich finanziertes Regelangebot stärken und multiprofessionelle Teams insbesondere an Schulen in herausfordernden Lagen ausbauen. Ganztagsschulen und Ganztagsangebote wollen wir stärker mit Sportvereinen, Musikschulen, Kultur-, Jugendhilfe- und anderen Einrichtungen im Sozialraum vernetzen.

Gute Bildung braucht schließlich eine moderne und gerechte Infrastruktur. Wir wollen die digitale Teilhabe aller Schüler*innen sichern und den Digitalpakt 2.0 verlässlich weiterentwickeln. Finanzschwache Kommunen müssen stärker dabei unterstützt werden, ihre Schulen zu sanieren, zu modernisieren und barrierefreie, zeitgemäße Lernorte zu schaffen.

5. Kinderarmut bekämpfen – gesundes Aufwachsen und gute Lebensbedingungen ermöglichen

Bildungspolitik allein kann Kinderarmut und ungleiche Lebenschancen nicht überwinden. Wer echte Chancengerechtigkeit schaffen will, muss auch die materiellen, gesundheitlichen und räumlichen Lebensbedingungen von Kindern verbessern. Wir brauchen eine ressortübergreifende Gesamtstrategie gegen Kinderarmut, die finanzielle Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe zusammendenkt.

Kinderarmut strukturell bekämpfen

Das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern muss verlässlich abgesichert sein. Wir wollen kindbezogene Leistungen besser bündeln und vereinfachen, damit Unterstützung möglichst automatisch und ohne stigmatisierende Hürden bei den Familien ankommt. Jedes Kind muss unabhängig vom Geldbeutel seiner Eltern Zugang zu gesunder Ernährung, Sport, Musik, Kultur und Freizeit haben. Wir wollen

sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien in Kitas und Schulen ein gesundes und kostenfreies Mittagessen erhalten – unkompliziert, bürokratiearm und ohne Stigmatisierung.

Gesundheitliche Chancengerechtigkeit stärken

Die Chancen auf ein gesundes Aufwachsen dürfen nicht von Einkommen und Wohnort abhängen. Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere in benachteiligten Quartieren ausbauen und Gesundheitsangebote stärker mit Kitas, Schulen und Familienzentren verzahnen.

Besonderes Augenmerk braucht die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Beratungs-, Unterstützungs- und Behandlungsangebote müssen leichter und schneller erreichbar sein. Die angekündigte eigenständige Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen muss zügig umgesetzt und die psychotherapeutische Weiterbildung verlässlich finanziert werden. Gleichzeitig dürfen Vergütungskürzungen bei psychotherapeutischen Leistungen bestehende Engpässe nicht weiter verschärfen. Präventive und niedrigschwellige Angebote an Schulen und anderen Lebensorten junger Menschen wollen wir stärken.

Kinderfreundliche und inklusive Quartiere stärken

Gute Lebenschancen entstehen auch vor der eigenen Haustür. Kinder und Jugendliche brauchen sichere und barrierefreie Spiel-, Bewegungs- und Begegnungsräume, Grünflächen und eine gut erreichbare soziale Infrastruktur. Bezahlbarer, familiengerechter und barrierefreier Wohnraum gehört ebenso zu guten Aufwachsbedingungen.

Besonders benachteiligte Quartiere müssen gezielt und ressortübergreifend gestärkt werden. Dafür müssen Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Stadtentwicklungspolitik stärker zusammengedacht und auf verlässliche sozialraumorientierte Datengrundlagen, wie integrierte kommunale Sozialplanungen, gestützt werden. Denn die Postleitzahl eines Kindes darf nicht über seine Lebenschancen entscheiden.

6. Chancengarantie nach der Schule fortsetzen

Die Chancengarantie darf nicht mit dem Schulabschluss enden. Ausbildung, Studium und berufliche Weiterbildung müssen unabhängig vom Einkommen und Bildungsabschluss der Eltern erreichbar sein. Wir wollen Berufsorientierung stärken und Übergänge besser begleiten.

Kein junger Mensch darf am Übergang verloren gehen

Jugendberufsagenturen und die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Arbeitsagentur und Jobcentern wollen wir flächendeckend stärken. Junge Menschen mit Unterstützungsbedarf brauchen eine verlässliche Begleitung aus einer Hand, statt zwischen unterschiedlichen Zuständigkeiten hin- und hergeschickt zu werden. Unnötige Warteschleifen und Maßnahmeketten im Übergangssystem wollen wir vermeiden und den direkten Weg in qualifizierende Ausbildung und Beschäftigung stärken.

Ausbildung und Studium müssen bezahlbar sein

Die von der Bundesregierung beschlossenen Verbesserungen beim BAföG reichen nicht aus. Wir wollen das BAföG strukturell weiterentwickeln und die Bedarfssätze künftig automatisch an die tatsächliche (regionale) Entwicklung der Lebenshaltungs- und Wohnkosten anpassen. Die Freibeträge müssen so fortentwickelt werden, dass wieder mehr junge Menschen förderberechtigt werden

Auch eine Ausbildung muss man sich leisten können. Deshalb brauchen wir eine auskömmliche Ausbildungsvergütung, bezahlbare Mobilität und mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende. Berufliche Aufstiegsfortbildungen müssen ebenso verlässlich unterstützt werden wie akademische Bildungswege. Weiterbildung und berufliche Neuorientierung müssen auch im weiteren Erwerbsleben möglich sein. Ausbildung, Studium und Weiterbildung müssen zudem inklusiv und barrierefrei zugänglich sein. Notwendige Assistenz und Unterstützung müssen verlässlich und unbürokratisch zur Verfügung stehen.

7. Kinderrechte stärken und junge Menschen konsequent beteiligen

Chancengerechtigkeit bedeutet auch, Kinder und Jugendliche nicht nur als Adressat*innen politischer Entscheidungen zu betrachten, sondern als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten und Interessen. Wir wollen Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankern und dabei die Maßstäbe der UN-Kinderrechtskonvention zugrunde legen. Auf Bundes- und Landesebene wollen wir unabhängige Kinder- und Jugendbeauftragte als starke Interessenvertretungen etablieren. In Kommunen, Kitas und Schulen brauchen wir verbindliche, barrierefreie und altersgerechte Beteiligungsformate, damit Kinder und Jugendliche Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, tatsächlich mitgestalten können.

Chancengarantie für die nächste Generation

Unsere Chancengarantie bedeutet: nicht die Herkunft eines Menschen, sondern seine Fähigkeiten, Interessen und eigenen Entscheidungen sollen seinen Lebensweg bestimmen. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Sozialstaat, eine starke öffentliche Infrastruktur und gezielte Unterstützung dort, wo die Ausgangsbedingungen schwieriger sind.

Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung sind dabei keine Gegensätze: wer Menschen etwas zutraut, muss ihnen auch die Voraussetzungen geben, ihren eigenen Weg gehen zu können.

Eine Gesellschaft, die allen Kindern echte Chancen eröffnet, ist sozial gerechter, wirtschaftlich stärker und demokratisch stabiler. Chancengerechtigkeit ist deshalb keine sozialpolitische Einzelaufgabe, sondern eine zentrale Zukunftsaufgabe unseres Landes.

Einfache Sprache

Worum es geht

Wir Grüne wollen ein Land, in dem jedes Kind gute Chancen hat. Es soll nicht davon abhängen, aus welcher Familie ein Kind kommt. Das nennen wir Chancen-Garantie. Eine Garantie ist ein festes Versprechen, auf das man sich verlassen kann. Chancen-Garantie bedeutet nicht, dass jedes Kind studieren oder viel Geld

verdienen muss. Es bedeutet: Jedes Kind soll seinen eigenen Weg gehen können. Die Herkunft oder das Geld von den Eltern sollen dabei keine Grenzen setzen.

Wie es heute ist

In Deutschland hängen die Chancen von einem Kind immer noch stark von seinen Eltern ab. Kinder aus Familien mit wenig Geld haben es in der Schule oft schwerer. Sie sind öfter krank und können seltener in einen Sportverein gehen oder ein Instrument lernen. Jedes vierte Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Die Unterschiede fangen schon bei ganz kleinen Kindern an und bleiben oft das ganze Leben. Im Jahr 2024 haben ungefähr 62.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Das ist ungerecht. Und es schadet dem ganzen Land, weil uns so Fach-Kräfte fehlen.

Oft kommt die Hilfe nicht bei den Kindern an. Ein Beispiel ist das Bildungs- und Teilhabe-Paket, kurz BuT. Damit bekommen Kinder aus Familien mit wenig Geld Unterstützung, zum Beispiel für den Sportverein. Aber die meisten Kinder, die ein Recht darauf haben, bekommen das Geld nicht. Der Grund dafür ist: Die Anträge sind zu kompliziert.

Was wir schon erreicht haben und was noch fehlt

Als wir Grüne in der Bundesregierung waren, haben wir das Startchancen-Programm auf den Weg gebracht. Dadurch bekommen ungefähr 4.000 Schulen mit vielen benachteiligten Kindern mehr Unterstützung. Die Kinder-Grundsicherung haben wir nicht geschafft. Mit ihr sollte die Hilfe für Kinder einfacher werden. Dieses Ziel geben wir nicht auf.

Die heutige Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD spricht beim Sozialstaat vor allem über Kosten. Sozialstaat bedeutet: Der Staat hilft den Menschen, wenn sie in Not sind. Wir finden: Wer bei Kindern spart, spart nicht wirklich. Denn später wird es teurer. Menschen sollen Verantwortung für ihr Leben übernehmen. Aber dafür brauchen sie auch faire Chancen.

Unsere Forderungen

Die Bundes-Delegierten-Konferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert deshalb:

1. Früh helfen

Hilfe soll kommen, bevor aus einem schwierigen Start dauerhafte Nachteile werden. Das nennt man Vorbeugung. Es soll überall Hebammen und Beratung geben, die Familien auch zu Hause besuchen. Lotsinnen und Lotsen sollen Familien den Weg zu den richtigen Angeboten zeigen. Städte und Gemeinden haben für solche Angebote oft zu wenig Geld. Deshalb sollen Bund und Länder sie dabei dauerhaft unterstützen.

Außerdem soll jedes Kind automatisch einen Kita-Platz angeboten bekommen, wenn es ein Jahr alt wird. Die Eltern entscheiden dann selbst, ob sie den Platz annehmen.

2. Gute Kitas für alle Kinder

Kitas in schwierigen Stadtteilen sollen mehr Geld und mehr Personal bekommen, zum Beispiel für kleinere Gruppen und für Sprach-Förderung. Dort sollen Kitas auch zu Familien-Zentren werden, in denen Familien Beratung bekommen. Kitas

sollen inklusiv sein. Inklusion bedeutet: Alle Kinder gehören dazu, auch Kinder mit Behinderung. Dafür brauchen wir mehr Erzieherinnen und Erzieher.

Das letzte Jahr vor der Schule soll für alle Kinder Pflicht und kostenlos sein. Das nennen wir Chancen-Kitajahr.

3. Mitmachen einfach machen

Ob ein Kind Fußball spielt oder mit auf Klassenfahrt fährt, darf nicht vom Geld der Eltern abhängen. Das Geld aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket soll deshalb automatisch kommen, ohne komplizierte Anträge. Mit einer digitalen Karte sollen Kinder die Angebote einfach bezahlen können, ohne dass andere es merken. Das Geld muss auch wirklich reichen und regelmäßig erhöht werden, wenn die Preise steigen.

4. Gerechte Schulen

Heute werden Kinder schon nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulen aufgeteilt. Das ist zu früh, denn Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell. Wir wollen, dass Kinder länger gemeinsam lernen. Schulen mit vielen benachteiligten Kindern sollen mehr Geld bekommen. Das Startchancen-Programm soll deshalb weitergehen, und auch für Kitas soll es so ein Programm geben. Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam lernen können und die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. An jeder Schule soll es Schul-Sozialarbeit geben. Das sind Fachleute, die Kindern und Jugendlichen bei Problemen helfen.

5. Kinderarmut bekämpfen

Gute Bildung allein reicht nicht gegen Kinderarmut. Deshalb brauchen wir einen Gesamt-Plan, bei dem alle Bereiche der Regierung zusammenarbeiten. Die Hilfen für Kinder sollen einfacher werden und automatisch ankommen. Kinder aus Familien mit wenig Geld sollen in Kita und Schule ein gesundes und kostenloses Mittagessen bekommen. Wenn es Kindern seelisch schlecht geht, sollen sie schneller Hilfe bekommen. Und Familien brauchen bezahlbare Wohnungen und gute Orte zum Spielen in ihrem Stadtteil.

6. Chancen auch nach der Schule

Alle jungen Menschen sollen eine Ausbildung machen oder studieren können, egal wie viel Geld die Eltern haben. Junge Menschen sollen Hilfe an einer Stelle bekommen und nicht von Amt zu Amt geschickt werden. Das BAföG ist Geld vom Staat für Studierende. Es soll automatisch steigen, wenn das Leben teurer wird. Und wieder mehr junge Menschen sollen BAföG bekommen. Auch Auszubildende brauchen genug Geld und bezahlbare Wohnungen.

7. Kinderrechte stärken

Kinder haben eigene Rechte. Diese Rechte sollen im Grundgesetz stehen. Das Grundgesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland. In Städten, Kitas und Schulen sollen Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen mitreden können, die ihr Leben betreffen.

Zum Schluss

Nicht die Herkunft soll über den Lebensweg von einem Menschen entscheiden, sondern seine Fähigkeiten und seine eigenen Entscheidungen. Eine Gesellschaft,

die allen Kindern echte Chancen gibt, ist gerechter, wirtschaftlich stärker und demokratisch stabiler. Deshalb ist das eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft von unserem Land.